



STIMMEN DES MITTEL- STANDS

**12 Forderungen an
die zukünftige
Regierung von**



**Lobby
der Mitte**

September 2017

Die Zusammenfassung der 12 Forderungen des Mittelstandes an die nächste Regierung

Mittelstand: Hol dir, was dir zusteht!

Es ist ein Wahnsinn, wie die eigentlichen Leistungsträger Österreichs in diesem Nationalrats-Wahlkampf bisher unter den Tisch fallen. Aber jetzt erhebt der Mittelstand seine Stimme. Einleitung und Kommentar zu der Interview-Reihe STIMMEN DES MITTELSTANDS mit namhaften mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern von Wolfgang Lusak



Anlässlich des bereits laufenden Nationalrats-Wahlkampfs muss der Dominanz der medialen und emotionalen Top-Themen wie Asylwelle, Terror, Mindestsicherung, Pensionen, etc. entgegengewirkt und der Fokus wieder auf denjenigen Gesellschaftsteil gebracht werden, der alles zusammen hält und mit seinen Stimmen die Wahl entscheiden kann.

Es ist der Mittelstand, der mit all seinen Mitarbeitern und Partnern trotz massiver Behinderungen mit Innovationen und Projekten neue Produkte und Arbeitsplätze schafft und den Großteil der Steuern schultert. Es ist unverantwortlich, wie wenig die einzige noch gut funktionierende Kraftquelle der Wirtschaft und Gesellschaft gehört wird bzw. wie leise sich ihre Interessenvertretungen zu Wort melden. Es ist unfassbar, wie schamlos angesichts riesiger Staatsverschuldung, unfairer Klientel-Bevorzugung und fehlender Verwaltungsreform weitere teure „Wahlzuckerln“ aus dem Hut gezaubert werden ohne diejenigen zu berücksichtigen, die das Ganze zu zahlen haben.

Deshalb folgte nun nach den Interviews mit den Parteichefs zum Thema Mittelstand die Meinung von zwölf hochkarätigen KMU-Führungskräften und Selbständigen, welche ja generell die Spitze der Gemeinschaft der Werte Leistung, Eigentum, Nachhaltigkeit und Fairness bilden. Mit diesen STIMMEN DES MITTELSTANDS kommen recht unterschiedliche Branchen und Betriebsgrößen zu Wort kommen, sie wurden vor allem um die Beantwortung von zwei konkreten Fragen gebeten, wobei sie von ihrer individuellen Situation ausgehen konnten:

1. Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?



2. Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrer Betrieb besser durchzusetzen?

Zusammenfassend kann man sagen, der Mittelstand verlangt nur Selbstverständliches und Notwendiges. Hier die 12 Forderungen:

- 1. Entbürokratisierung durch Deregulierungs-Offensive**
- 2. Verwaltungsreform für niedrigere Staatskosten**
- 3. Attraktivere Standortbedingungen schaffen**
- 4. Besser Ausbildung für besseren Nachwuchs**
- 5. Steuergerechtigkeit & Steuerflüchtige zur Kassa bitten**
- 6. Steuersenkung für Jungunternehmungen und Innovatoren**
- 7. Arbeitszeit-Flexibilisierung**
- 8. Besser Chancen für Eigenkapitalbildung**
- 9. Mehr Garantien und Haftungen durch Öffentliche Hand**
- 10. Abschaffung der Registrierkassen-Regelung**
- 11. Mehr Unterstützung beim eigenständigen Lobby-Aufbau**
- 12. Tourismus mitdenken**

Aufruf an die Politik

Vergessen Sie nicht, 32% der Bevölkerung zählen sich zur Mittelstand-Wertegemeinschaft! Wenn die Politik bzw. die nächste Regierung auf diese notwendige Aufforderung des Mittelstandes nach fairer Behandlung wieder nicht reagiert, kann es wohl geschehen, dass er darauf mit Demonstrationen, eigenen Parteigründungen oder Steuerstreiks reagiert.

Mag. Wolfgang Lusak

Unternehmensberater, Lobby-Coach und Gründer/Betreiber der Plattform „Lobby der Mitte“ www.lobbydermitte.at www.lusak.at office@lusak.at 01/315 45 36

BESSERE AUSBILDUNG UND STEUERGERECHTIGKEIT!

Ein Beitrag von Friedrich Riess



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

Zuerst zum Grundsätzlichen: Jeder Politiker sollte wissen, dass der Mittelstand die wichtigste wirtschaftliche und gesellschaftliche Kraftquelle des Landes ist. Trotzdem wird er zunehmend vernachlässigt und ausgebeutet. Weil er einfach keine Interessenvertretung hat:

- Die Wirtschaftskammer ist zwar eine Institution für alle Betriebe, aber die Größeren sind ihr wichtiger
- Die Arbeiterkammer vertritt auch nicht die Interessen der Mitarbeiter mit ihren Arbeitsplätzen sondern die Interessen der dort agierenden Funktionäre
- Die Gewerkschaft sucht das Heil in der Vertretung derjenigen, die nicht arbeiten und nur viel Geld erhalten wollen
- Die Regierung fördert die billigen Produkte, die in Billiglohnländern produziert werden sogar mit unseren Steuergeldern da die Kriterien Nachhaltigkeit und Regionalität in öffentlichen Ausschreibungen gar nicht vorkommen.

Jetzt zu meinen Forderungen und zu den Punkten, die mich mit meinem Betrieb am meisten stören und behindern:

1. Bessere Ausbildung schaffen! Gut ausgebildete Mitarbeiter sind Mangelware und der Beruf von der Pike auf wird nicht gefördert. Ein Problem verfehlter Bildungspolitik ist das ständige herunternivellieren der Ausbildung und die Möglichkeit Karriere mit Lehre hat immer noch viel zu wenig Stellenwert. Vielleicht hilft die Gesamtschule den Stellenwert der Lehre zu heben. Der Facharbeiter wird der Profiteur der Zukunft, gerade in Berufen die nicht so leicht in Billiglohnländer ausgelagert werden können

2. Eigenkapital-Aufbau erleichtern! Durch die derzeitige Finanz- und Bankpolitik ist das nicht möglich, denn die noch immer bestehende Regelung mit Basel IV lässt Kredite nur dann zu, wenn die Sicherheiten 3-



fach höher sind als der Geldbedarf und da zählen Gebäude (in Regionen wie unsere) Lagerbestände und Kundenforderungen nicht dazu.

3. Schluss mit der Bürokratie und dem „Vurschrift ist Vurschrift“-Agieren! Die unverhältnismäßig strenge Auslegung von immer mehr bürokratischen Regulierungen und Vorgaben bezüglich Betriebsanlagen und Arbeitnehmern zerstören effiziente Arbeitsvorgänge, notwendige Wettbewerbsfähigkeit und verursachen gewaltige Zeitaufwendungen und Kosten. Da wird es immer schwieriger den Standort in Österreich zu halten. Immer mehr junge Menschen wollen die Betriebe der Eltern gar nicht mehr übernehmen!

4. Steuergerechtigkeit! Solange Konzerne vor Steuerpflichten leider legal flüchten können, besteht keine Chancengleichheit. Auch Gewinne in KMU sollten erst dann besteuert werden wenn sie entnommen werden! So bleibt das Geld im Unternehmen für Investitionen!

5. Ende der Benachteiligung bei öffentlichen Ausschreibungen und Auftrags-Zugängen! Da alle öffentlichen Aufträge mit unseren Steuergeldern bezahlt werden, sollten KMU bei Aufträgen – solange sie im Inland erfolgen – bevorzugt werden. Basis könnte ein Vergleich der Personalkosten pro Arbeitsstunde sein.

6. Keine Bevorzugung für Importware! Viele Unternehmen werden von den Barrieren des Parteien/Kammer/Sozialpartnerstaates, also von Politik, Verwaltung, Verbänden, etc. zurückgeworfen, da Regeln eingehalten werden müssen, die für importierte Produkte nicht gelten!

7. Mehr Mittelstand im Staat! Es gibt zu wenige Vertretungen des Mittelstands in Verbänden, Parteien, Gesetzgebungs-Gremien (Landtage/NR), daher auch geringere Durchsetzungskraft bez. Rahmenbedingungen

8. Aus für Kriminalisierung der KMU! Um Mitarbeiter zu bekommen, zu halten sowie Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen überschreiten KMU oft starre gesetzliche Vorgaben und werden dabei mit unverhältnismäßigen Strafen bedroht.

9. Nachhaltigkeit belohnen! Leider wird Umweltdenken und Nachhaltigkeit bestraft, denn z.B: stellen wir von Riess-Kelomat unsere Energie zu 100% mit eigener, erneuerbarer Kleinwasserkraft her, dennoch müssen wir für den selbst hergestellten teuren Strom noch Energiesteuer bezahlen!



b) „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

Vielleicht sich ein Beispiel an unserem immer wieder „gegen den Strom schwimmen“ nehmen?

Wir sind österreichischer Marktführer bei Email-Kochgeschirr und einziger heimischer Kochgeschirrhersteller. Unser Riess Emailgeschirr ist top aktuell, steht für gesünderes Kochen und erfüllt alle zeitgemäßen Ansprüche wie Energiesparen und ökologische, nachhaltige Lebensweise. Die Erfahrung in der Herstellung von Kochgeschirr ist dabei tief in der Familiengeschichte verankert. Seit 1550 stellt das Familienunternehmen aus Ybbsitz schon Eisenpfannen her, seit 1922 ist es Kochgeschirr aus Emaille. Doch die Zeiten waren für das Unternehmen nicht immer leicht: Gerade mit der ‚Geiz ist geil‘-Einkaufsmentalität wollten alle nur Billigware kaufen, da konnten wir mit einer rein österreichischen Produktion kaum mithalten. Viele haben uns gesagt, dass wir nicht überleben werden, wenn wir unsere Fertigung nicht ins billige Ausland verlegen. Doch das Familienunternehmen blieb seiner Qualität und dem Standort treu und konnte mit Innovationen sowie dem Zukauf der Marke Kelomat punkten. Als verantwortungsbewusste Unternehmer wollen wir die Zukunft mitgestalten, Arbeitsplätze erhalten und heimische Produkte erzeugen; ich hoffe, das politische Umfeld sowie die behördlichen Auflagen lassen dies auch weiterhin zu.

Ing. Friedrich Riess, Geschäftsführer Produktion & Technik

RIESS KELOmat GmbH, 43341 Ybbsitz Tel.: +43 / 7443 86315-13

E-Mail: <mailto:f.riess@riess.at>

HP: <http://www.riesskelomat.at/>

DEREGULIERUNGSOFFENSIVE UND ENTBÜROKRATISIERUNGSBEAUFTRAGTE!

Ein Beitrag von Margarete Kriz-Zwittkovits



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

1. Umfangreiche Vereinfachung und zeitgemäße Adaptierung der einzelnen gesetzlichen Vorgaben und Aufwendungen auf allen Ebenen: Z.B. ArbeitnehmerInnenschutzgesetze. Bei Einführung einer neuen Verordnung, eines neues Gesetzes, sollte mindestens eines überarbeitet oder abgeschafft werden. „One-in-one-out“ Regel konsequent verfolgen. Aufsetzen einer breiten Deregulierungsoffensive und Verbesserung der Rechtssicherheit. Ständiges Monitoring und Evaluierung des Prozesses durch eine(n) Entbürokratisierungsbeauftragte(n).
2. Flexibilisierung der Arbeitszeiten als eine unabdingbare Maßnahme der Standortstärkung: Eine Modernisierung der Arbeitszeiten und Anpassung an die jeweilige Herausforderungen sind sowohl von Arbeitnehmerseite als auch aus Sicht der Arbeitgeber längst überfällig.
3. Das Wirtschaftswachstum durch Ausbau und Erweiterung der Investitionsprämien für KMU fördern
4. Ausgleich der kalten Progression – Abschaffung der jährlich zusätzlichen Steuerbelastung durch Inflation.
5. Evaluierung der Registrierkassen-Verordnung und Anhebung der Umsatzgrenzen auf die der Kleinunternehmerregelung.

Zur Frage „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

- 1) Gerade bei kleineren Teams ist der effiziente Einsatz der Human Resources für den Erfolg entscheidend.
- 2) Rasche Reaktion auf Veränderungen des Marktes
- 3) Mutiges, flexibles und innovatives Handeln weiter vorantreiben

KR Margarete Kriz-Zwittkovits

Unternehmerin, seit 1986 in den Geschäftsfeldern kosmetische

Dienstleistungen, Parfümerie-Großhandel und -Generalvertretungen tätig, seit 1990 auch im Bauträgermarkt mit dem Schwerpunkt Fachmarktzentren und Wohnungen aktiv; von 2008 bis 2014 Präsidentin des Österreichischen Gewerbevereins, seither Ehrenpräsidentin des Österreichischen Gewerbevereins; Vorstandsmitglied Frau in der Wirtschaft/WK Wien; BGO Döbling der WK Wien; Mitbegründerin der Lobby der Mitte.

www.gewerbeverein.at

ARBEITSZEIT-FLEXIBILISIERUNG NOTWENDIG!

Ein Beitrag von Josef Resch



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

1. Arbeitszeit-Flexibilisierung jetzt!

Muss sofort entstehen, sonst fährt der österr. Export an die Wand! Seit 1969 sind alte Regeln immer noch aufrecht, aber überhaupt nicht mehr zeitgemäß...

- * Wir brauchen eine Wertschätzung für unsere Mitarbeiter, sonst funktionieren auch die Unternehmen nicht mehr und den Mitarbeitern darf auch künftig nichts weggenommen werden....
- * 83 % der Arbeitnehmer sagen, dass zeitliche Flexibilität wichtiger ist als das Gehalt....
- * Die EU-Arbeitszeitrichtlinie sieht keine täglichen Höchstleistungszeiten vor.....
- * Als Obmann der Wirtschaftskammer in Wels habe ich 20 Betriebe mit rund 8.000 Beschäftigten für eine umfassende Diskussion eingeladen. Wir haben uns dann auf folgende Veränderungen bei alten arbeitsrechtlichen Grundlagen verständigt:
 - a) Arbeiten, wenn Arbeit ist & deshalb Tagesarbeitsregelung beenden (Woche 50) sowie Mitarbeiter und deren Betriebe dies selbst regeln lassen. Dies hilft künftig weniger Tage im Unternehmen zu sein und auch mehr Zeit für das Familienleben zu haben.
 - b) Den Durchrechnungszeitraum für Mehr- oder Minderleistung auf zwei Jahre anheben – damit können Mitarbeiter besser dann arbeiten, wenn

Aufträge wirklich vorhanden sind. Dadurch werden dann wesentlich weniger Mitarbeiter aufgrund von Spar-Notmaßnahmen der Betriebe gekündigt.

c) Arbeitsrechtliche Grundlagen sehen folgende Bestimmungen vor:

1. Höchstarbeitszeit pro Tag 10 Stunden
2. Pauseneinhaltung von 30 Minuten nach spätestens 6 Stunden
3. Tägliche Nachruhe von mindestens 11 Stunden
4. Wöchentliche Höchstarbeitszeit von 50 Stunden
5. Wochen-Endruhe von mindestens 36 Stunden
6. Durchrechnungszeitraum für Mehrleistung auf 27 Wochen mit max. 40 Stunden

2. Keine Senkung der Arbeitszeit!

Nein zu Erhöhung Urlaubszeit & Senkung Wochenarbeit! Österreich hat bereits heute ziemlich die meisten Feiertage in ganz Europa zusätzlich zu unserer Urlaubszeit. Hier ist es unmöglich, die Arbeitszeit zu kürzen oder den Urlaub zu verlängern. Österreich lebt sehr stark von den Exporten ins Ausland, z.B. in OÖ rund 60%. Wir müssen weiterhin wettbewerbsfähig bleiben, sonst senken wir unseren Wohlstand in dramatischer Form. Das kann es doch nicht sein.... Beispiel Frankreich: Dort zeigt sich eine klar negative Entwicklung durch Reduktion auf 35 Std. Wochenarbeitszeit.

3. Bürokratieabbau und Deregulierung der veralteten Gesetze sind notwendig!

- a. Endlich Österreichs Schulden abbauen, da wir unseren Kindern und Enkeln hier schlimme Dinge antun... / Klare Positionierung der Budgetdisziplin durch Sparsamkeit
- b. Einsparung des Staates bei allen seinen Ausgaben sowie Senkung der Anzahl der so vielen Beamten und öffentlich Bediensteten sind notwendig..
- c. Steuern & Abgaben müssen für Dienstnehmer gesenkt werden (nur 50,5% netto von brutto)
- d. Senkung bei Unternehmer-Strafen: Arbeitsinspektoren müssen zuerst beraten und nicht strafen.
- e. Schaffung eines neuen Beamtendienstrechts nach dem Vorbild der Privatwirtschaft... extrem und grotesk sind die Unterschiede zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand: wöchentlich 50 Std. Privatwirtschaft / 70 Std. öffentliche Hand (auch Tageszeit...); Pensionen: Öffentliche Beamte haben sofort volle zusätzliche Einnahmen neben der Pension und die Pensionisten/Privatwirtschaft müssen 5 Jahre mit brutto. max.€ 395,30 Zusatzeinkommen leben.
- f. Ablehnung der Vermögenssteuern sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern, da ansonsten noch mehr Betriebe ins Ausland abmarschieren und dort investieren....
- g. Absenkung der Steuer- und Abgabenquote auf unter 40 Prozent ist



notwendig...

h. Gesamtes Arbeitsschutzrecht muss nun endlich entrümpelt werden – so geht's nicht mehr weiter.

i. Unser Staat muss endlich auch etwas umsetzen & nicht immer nur mit Ankündigungen arbeiten. So (umsetzend) funktionieren auch unsere erfolgreichen Unternehmen, welche klare Strategien und einen kurz-/mittel-/langfristigen Geschäftsplan haben sowie über Tages-Benchmarks verfügen. Wir brauchen einen modernisierten Staat und dieser sollte viel mehr Wert auf Steuer zahlende Unternehmen legen sowie dort auch etwas lernen und Erfahrungen übernehmen....

j. Österreich hat -wie von Finanzminister Schelling ausgesprochen- ein Ausgaben- & kein Einnahmenproblem.

4. Haben falsche staatliche Regeln – es gibt auch Verstöße durch Beamte, z.B. auch uns von Resch & Frisch betreffend:

a. Arbeitsinspektion hat bei unserem Unternehmen dramatische Anzeigen verfasst. Diese wurden beim Landes-Verwaltungsgericht OÖ dann abgelehnt

b. Es kann doch nicht sein, dass im Falle gerichtlicher Streitereien zwischen Bürgern der Verlierende Kosten & Schaden zu zahlen hat. Und dass dies vom Staat Österreich trotz widersinniger Vorgangsweisen durch bestimmte Beamte und trotz der dabei entstandenen hohen Kosten nicht übernommen wird. Die österr. Finanzprokuratur hat bei uns die Kosten für die Anwälte sowie eigene Arbeiten in Höhe von € 500.000 abgelehnt und dies versteht man dann nicht mehr!

5. Müssen Exporte erhalten

Unser Land lebt hauptsächlich vom Export in andere Staaten. Ca. 30% Exportquote in Österreich, in OÖ sogar 60%. Wenn wir unseren Export – von dem wir eigentlich leben – nicht halten oder ausweiten können, dann werden wir finanziell in Österreich ein großes Problem bekommen. Wir müssen eine Anpassung der Flexibilisierung unserer Arbeitszeit sofort einleiten. Ansonsten wird unser Land untergehen.....

Josef Resch, Geschäftsführer

Resch&Frisch Holding GmbH, Schloßstraße 15, A-4600 Wels

Tel.: (+43) 7242/2005-2100

<http://www.resch-frisch.at>

<mailto:j.resch@resch-frisch.at>

www.facebook.com/reschundfrisch

STEUERSENKUNG FÜR JUNGUNTERNEHMEN, ARBEITSGESETZE ENTSTAUBEN!

Ein Beitrag von Bettina Steinbrugger und Annemarie Harant



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

Steuersystem vereinfachen, Steuern für Jungunternehmen senken, Doppelbesteuerung vermeiden und Steuerschlupflöcher für Großkonzerne schließen:

Als Jungunternehmerin alle Steuern und Abgaben, die wir monatlich zu leisten haben, zu durchblicken, ist eine eigene Wissenschaft. Der Verwaltungsaufwand und die Kosten, die anfallen, allein um die monatliche Umsatzsteuervoranmeldung korrekt abzugeben, sind für viele Kleinstunternehmen kaum zu stemmen. Ist man in Österreich selbständig und geht gleichzeitig einer Beschäftigung in Angestelltenform nach, wird dies mit einer Doppelbesteuerung und im schlimmsten Fall auch mit einer unnötigen Doppelversicherung bestraft. Hingegen wird es finanziell belohnt, wenn man seinen Angestelltenjob kündigt und stattdessen auf Kosten des AMS (und somit der Allgemeinheit) einen Unternehmensgründungskurs besucht.

Vereinheitlichung von Gesetzen, Richtlinien und Regelungen in der EU:

Man möchte meinen, dass in einer gemeinsamen europäischen Union für ein (u.a. digitales, in mehrere Länder exportierendes) Unternehmen einheitliche Gesetze und Richtlinien gelten. Dem ist nicht so! Allein für den Onlinehandel gelten in jedem europäischen Land (u.a. auch in Österreich) andere Vorgaben in punkto Produktkennzeichnungsrichtlinie, Verpackungsverordnung, Werberichtlinien, Verbraucherrechtsschutz etc. Anstelle einer zentralen Anlaufstelle und eines europaweit gültigen Gesetzes können sich hier Unternehmen durch einen Dschungel an nationalen Vorgaben und Richtlinien ackern, wo oftmals nicht mal die zuständigen Landesbehörden wirklich Bescheid wissen, was nun tatsächlich gilt.

Absurde Umsatzsteuerregelungen abschaffen: Weiters mutet es absurd an, dass heimische Unternehmen auf Waren von österreichischen Lieferanten 20% USt. abführen und sich diese mühsam wieder über die Umsatzsteuervoranmeldung zurückholen müssen, während von ausländischen Lieferanten aufgrund der innergemeinschaftlichen Lieferungs-



Regelung umsatzsteuerfreie Importe erfolgen können. Dies regt nicht gerade dazu an, von heimischen Betrieben einzukaufen und schwächt somit unsere Wirtschaft!

Arbeitszeitgesetz und Kollektivverträge entstauben: Die Kollektivverträge aus dem Jahre Schnee zwingen sowohl ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen in ein Korsett, das moderne, flexible Arbeitsmodelle wie Home Office und freie Zeiteinteilung nahezu unmöglich machen. Auch wenn diese Verträge zum Arbeitnehmerschutz für gewisse Großbetriebe sicherlich Sinn machen, ist es seltsam, dass junge, moderne Unternehmen denselben Kollektivverträgen unterliegen. Ein Beispiel: Wir als Ecommerce-Plattform unterliegen dem Handels-Kollektivvertrag, obwohl wir mit einer Supermarktkette ungefähr genauso viel gemeinsam haben wie mit einem Baukonzern. Trotzdem gelten für uns dieselben Vorgaben und Gesetze, für die es einen eigenen Arbeitsrechtsexperten benötigt, um besagte Vorgaben zu durchblicken und zu erfüllen.

Zur Frage: „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

+ Uns nicht unterkriegen lassen von der überbordenden Bürokratie, der Steuerlast und dem Wirrwarr an Gesetzen und Verordnungen. Schließlich sind wir UnternehmerInnen aus Leidenschaft!

+ Pragmatisch denken und handeln und sich die Unterstützung holen, die man braucht (Die gibt es, sie ist nur manchmal schwer zu finden).

+ Vernetzung und Synergien mit Gleichgesinnten schaffen.

+ Und immer wieder mal die Politik zum Handeln auffordern – die Hoffnung, dass sich was ändert, stirbt bekanntlich zuletzt.

*Annemarie Harant und Bettina Steinbrugger
von erdbeerwoche GmbH für nachhaltige Frauenhygiene
Lindengasse 56, Top 18-19 1070 Wien, Österreich; Tel.: 0043 650 333 12
67 office@erdbeerwoche.com www.erdbeerwoche.com*

STEUERBEGÜNSTIGTES SCHAFFEN VON EIGENKAPITAL!

Ein Beitrag von Andreas Gnesta



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

Auf strategischer Ebene:

- Ein Bild von der Zukunft haben und darauf aufbauend eine Vision für unser Land entwickeln. Wo wollen wir 2050 sein?
- Daraus folgend eine Strategie und einen Plan für Österreich – Start eines großes Change-Projektes zu Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Wertschätzung
- Entwicklung einer Bildungsstrategie: Was wollen wir für junge Menschen von der Kinderkrippe bis zum Hochschulabschluss oder Berufseintritt erreichen?
- Aus der Vision und Strategie für unser Land ein neues Steuern- und Abgabenmodell denken, die Sozial- und Gesundheitspolitik neu aufsetzen,
- Verwaltung neu und kundenorientiert denken.

Auf Ebene der Rahmenbedingungen und Maßnahmen:

- Möglichkeit zur steuerbegünstigten Schaffung von Eigenkapital im Unternehmen
- Möglichkeit der teilweisen steuerlichen Absetzbarkeit von Investition in Unternehmensanteile, Schaffung von Eigenkapital
- Flexibilisierung der Arbeitszeit auf 10 Stunden Normalarbeitszeit und 12 Stunden Maximalarbeitszeit pro Tag bei maximal 60 Stunden pro Woche
- Schaffung der begünstigten Möglichkeit zur Beschäftigung im Alter, um Menschen länger im Arbeitsprozess halten zu können und auf Erfahrung greifen zu können
- Drastische Reduktion von auf Unternehmen übergreifender Verwaltungsbürokratie. z.B. Wir wollen unsere Lohnverrechnung, Steuererklärung online selbst machen.
- Abbau der überbordenden Regelungen im Arbeitsrecht, in Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz



- Aufgrund eines neuen Steuer- und Abgabenmodells die Besteuerung von Arbeit massiv reduzieren. – Investitionsanreize schaffen (Investitionsfreibetrag, Vorzeitige Abschreibung, ...)

Zur Frage: „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer: Bitte bleibt in Eurer unternehmerischen Haltung standhaft. Agiert aus Eigenverantwortung, ergreift Initiative, seid bereit Risiko einzugehen, um etwas zu einem Besseren zu bewegen, um Innovation zu generieren. – Seid damit ein Vorbild für unsere Gesellschaft. – Lebet und agiert in Wertschätzung zu Euren MitarbeiterInnen, zu Euren Kunden, Lieferanten, Freunden und zur Gesellschaft. – Und auch wenn Ihr selbst viel zu wenig Wertschätzung erfährt, bleibt dabei, Ihr seid diejenigen, die in diesem Land gemeinsam mit ihren MitarbeiterInnen Wertschöpfung generieren. – Und tauscht Euch aus, bildet Interessensgemeinschaften, im Österr. Gewerbeverein, der ältesten Unternehmervereinigung des Landes seid Ihr ganz unabhängig von Branche und Betriebsgröße jederzeit willkommen!

Andreas Gnesta

Eigner und Geschäftsführer der Fa.

teamgnesta www.teamgnesda.com (Büro-Konzepte und Arbeitswelten-Gestaltung) und Präsident des Österreichischen Gewerbevereins

ÖGV www.gewerbeverein.at

KONZERNE BESTEUERN!

Ein Beitrag von Monika Leimhofer



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

* Umverteilung Lohnnebenkosten = wer 3.000,-€ brutto verdient, soll 2.000,- auf die Hand bekommen (Besserverdiener hätten mehr Abzüge um den Ausgleich zu schaffen. Im Zuge dessen, könnten Beihilfen für die Bezieher geringer Einkommen gestrichen werden. Diese Anträge verursachen einen enormen Verwaltungsaufwand und der Begünstigte erhält meist eh nur den „Tropfen auf den heißen Stein“.)

* Entwirrung des Gesetzes-Dschungels = einheitliche Richtlinien österreichweit in ALLEN Bereichen (Der ständig steigende bürokratische Verwaltungsaufwand belastet besonders die KMUs. Die können nämlich beispielsweise keinen eigenen Juristen beschäftigen und sind mit den Kosten für den Zukauf von derart notwendigen Leistungen längst über ihrem Limit. Weh dem, der in verschiedenen Bundesländern tätig ist und möglicherweise einen Fehler macht. Die Firmen haften mit Haut und Haar – das kann die Existenz kosten.)

* Einforderung der Steuern von den Konzernen = oft gefordert – nie durchgeführt
(Ein riesen Batzen Geld, der im Kreislauf fehlt. Ein Umstand der die KMUs wütend macht und zum „Es sich ebenfalls richten“ anstiftet.)

Zur Frage „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

* Sich mit Gleichgesinnten zusammentun, z.B: Betriebe in einem Ort / Verwandet oder gleiche Gewerbe im Bezirk

* Vorhandene Infostrukturen häufiger nutzen; z.B: Gemeindehomepage u. Gemeindezeitung, Angebote der Wirtschaftskammer, Regionale Zusammenschlüsse, Soziale Netzwerke

* Kontaktpflege zu Endkunden, Partnerfirmen, Lieferanten, Entscheidungsträgern

Einen „positiven Draht“ zu haben ist wichtig – besonders wenn ´s mal Probleme gibt.

* Websites von positiven, konstruktiven Menschen, Unternehmen und Initiativen besuchen ... zur Eigenmotivation. Es ist wichtig das Gefühl zu haben: Es gibt Alternativen. Ich bin nicht alleine!

*Monika Leimhofer/ Unternehmerin/ Leimhofer Baustoffe in St. Martin in NÖ
+43 7412 56 636 office@leimhofer.cc*

GARANTIEN & HAFTUNGEN DURCH ÖFFENTLICHE HAND!

Ein Beitrag von Kuno Haas



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

Meine drei Punkte, die mir für EPU, Micros und KMU in der nächsten Legislaturperiode am wichtigsten sind:

1. **Wir brauchen deutlich verstärkte Maßnahmen(pakete) in Richtung GARANTIEN und HAFTUNGEN** durch die öffentliche Hand (z.B. durch die aws). Kredite durch Banken und/oder Private – Haftungen durch die aws! Warum: EPU, Micros und KMU „investieren“ künftig weniger in Grundstücke, Hallen, Maschinen und Rohstoffe (wie in der Vergangenheit), sondern verstärkt in Mitarbeiter (Aus-, Fort- und Weiterbildung), Forschung und Entwicklung (Patente, Muster, Design, Marken,.....), Prozesse, Märkte/Vertriebsstrukturen. Diese „Dinge“ sind gemäß Basel III (und Basel IV) als Sicherheiten für Kredite nicht geeignet. Der FirmenWERT steht ebenfalls nicht zur Verfügung, weil nicht bilanzierbar.
2. **Das Genossenschaftsrecht gehört dringend reformiert** mit der zentralen Forderung nach Abschaffung der Haftung im Ausmass der Einlage (wie in Deutschland). Da wir uns in einer nicht unähnlichen Situation wie 1869/70 befinden (großer Finanzbedarf – keine Finanzierungen), könnten

Genossenschaften eine ähnlich zentrale Rolle einnehmen wie bei der Gründung der Genossenschaftsbewegung. DIE Genossenschaft ist einfach in der Gründung (wie ein Verein), „lean“ in der laufenden Verwaltung, kennt keine Mindest-Köst, ist auf langfristigen Bestand angelegt und ermöglicht das Ziehen vieler an einem Strang bei maximaler innergesellschaftlicher Demokratie und damit Mitwirkungsmöglichkeit des einzelnen Genossenschafters.

3. **Reduzierung der Komplexität** in allen Gesetzes-Bereichen: Gewerberecht, Betriebsanlagenrecht, Arbeits- und Sozialrecht; Aktuell steht jeder KMU-Geschäftsführer mit einem Bein im Kriminal. Und das aus Unwissenheit, weil die Summe der Normen und Vorschriften nicht mehr überblickbar ist. Obwohl über diesen letzten Punkt scheinbar Konsens über alle politischen Parteien hinweg besteht, wird es von Tag zu Tag komplexer.

Kuno Haas

Geschäftsführer und Gesellschafter der Firma GRÜNE ERDE seit 1993. Tischler. Verantwortlich für die Naturkosmetik- und Möbelproduktion. Seit Jahren in der Grünen Landespolitik Oberösterreich/Fachgruppe Landessparte Gewerbe engagiert.

TOURISMUS MITDENKEN!

Ein Beitrag von Michaela Reitterer



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

1. **Mittelstandspolitik betreiben:** In Wahrheit etwas relativ simples: Konzentrieren wir uns auf unsere Stärken. Umgemünzt auf Österreich heißt das: Lasst uns doch bitte wieder Politik für den unternehmerischen Mittelstand machen. In einem Land, in dem 99,7 % der Betriebe KMU sind, grenzt alles andere an grobe Fahrlässigkeit. Ich glaube, dass wir in diesem Punkt noch einige Luft nach oben haben, bzw. Prioritäten neu setzen müssen.

2. **Lebensgrundlagen erhalten statt sich mit sexy Federn**

schmücken: Momentan ist alles rund um Start Ups, Digitalisierung & Co. sehr en vogue und sexy, kurz: Federn mit denen man sich gerne schmückt. Ich bitte mich jetzt nicht falsch zu verstehen, das sind wichtige und zentrale Felder für Österreichs unternehmerische Zukunft – aber runter gebrochen läuft es auf das hinaus: **Eine erfolgreiche App macht die Firmengründer reich, während ein erfolgreiches KMU die Lebensgrundlage für ganze Regionen schafft.**

Das sollte man immer im Hinterkopf behalten, wenn man Politik macht!

3. **Tourismus mitdenken:** Und genau das wünsche ich mir auch für die Hotellerie und den Tourismus. Sobald über neue Rahmenbedingungen und Regelungen diskutiert wird, sollte es mindestens eine Person in der Regierung geben, bei der ein rotes Licht angeht und die sich denkt: „Stopp, was heißt das nun genau für den Tourismus? Wie wirkt sich das aus und sollten wir das nicht vielleicht noch mal neu überdenken?“ Hier ist es wichtig, dass das Mindset noch mehr geschärft wird, aber keine Sorge, daran arbeiten wir ...

Zur Frage „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

Die Dinge gemeinsam anpacken: Auch wenn es sich jetzt banal anhört: Aktiv werden! Ich glaube ich kann jetzt für alle meine Kolleginnen und Kollegen sprechen wenn ich behaupte, dass wir als Unternehmerinnen und Unternehmer gewohnt sind Dinge anzupacken und Probleme zu lösen. Diesen Spirit müssen wir auch auf die Ebene der Interessenvertretung heben – egal, ob lokal, regional und bundesweit. Natürlich stößt die oder der Einzelne ab einem gewissen Punkt an Grenzen, aber genau dafür gibt es ja Verbände und Vereine, wie die Lobby der Mitte oder die ÖHV. Große Probleme packt man dann gemeinsam an. Wichtig ist vor allem eines: selbst aktiv werden und machen und nicht darauf bauen, dass es die anderen eh schon richten werden. Denn eines ist klar: **Je mehr wir sind, desto lauter ist unsere Stimme** für unsere gemeinsamen Anliegen!

Michaela Reitterer

Eigentümerin des Boutiquehotel Stadthalle www.hotelstadthalle.at

Präsidentin der österr. Hotelierversammlung www.oehv.at/

Von der Jury der Lobby der Mitte als „Heldin des Mittelstands“ ausgezeichnet

ABSCHAFFUNG DER REGISTRIERKASSEN- REGELUNG!

Ein Beitrag von Robert Baumert



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

1. Vereinfachung und Rechtssicherheit bei den steuerrechtlichen

Rahmenbedingungen: Während meiner 20-jährigen Berufslaufbahn zähle ich über 400 Änderungen bei den wichtigsten Bundessteuergesetzen. Im Durchschnitt bedeutet das jede zweite Woche eine Gesetzesänderung. Der Wirtschaftsstandort kann für Mittelstandsbetriebe nur dann attraktiv sein, wenn man sich auf steuerrechtliche Rahmenbedingungen langfristig verlassen kann

2. **Schaffung von funktionierenden Investitionsanreizen:** Aus unserem täglichen Kontakt mit Mittelstandsbetrieben wissen wir, dass steuerliche Anreize oder Förderungen ein wichtiges Kriterium für Investitionen sind. Die Schaffung der KMU-Investitionszuwachsprämie ab dem Jahr 2017 ist somit eine gute Idee, die in ihrer Umsetzung jedoch kläglich gescheitert ist. Die Veröffentlichung der entsprechenden Richtlinie zur Geltendmachung der KMU-Investitionszuwachsprämie erfolgte am 21.03.2017; exakt 20 Tage danach waren die Mittel der KMU-Investitionszuwachsprämie ausgeschöpft. Solche Formen des Investitionsanreizes gefährden das Vertrauen in die Gesetzgebung. Ein echtes Bekenntnis zu Investitionsanreizen wäre es, jedem Unternehmer ganzjährig entsprechende Fördermöglichkeiten verfügbar zu machen.

3. **Abschaffung der bisherigen Registrierkassenregelung:** Die Registrierkassenregelung als Gegenfinanzierung zur letzten Steuerreform hat ihre vom Fiskus erhoffte Wirkung verfehlt. Für Mittelstandsbetriebe verursacht sie jedoch oftmals massiven Mehraufwand, ohne dass auf die verschiedenen Bedürfnisse und (steuerlichen) Risikoprofile unterschiedlicher Branchen eingegangen wird. Die Anhebung der Umsatzgrenzen bzw. die Einschränkung der

Registrierkassenpflicht auf (steuerliche) Risikobranchen wären wichtige Schritte zur Entlastung des Mittelstands.

4. **Entwicklung einer europäischen Steuerpolitik und Vermeidung von Steuerdumping:** Steuerdumping innerhalb der Europäischen Union führt insbesondere im Zeitalter der Digitalwirtschaft dazu, dass Konzerne steuerliche Wettbewerbsvorteile gegenüber Mittelstandsbetrieben haben. Diese Ungleichbehandlung sollte sowohl auf europäischer Ebene als auch durch bessere nationale Rechtsdurchsetzung bekämpft werden. Ertragsteuern stellen einen Kostenblock für Betriebe dar und dürfen den österreichischen Mittelstand nicht benachteiligen.

Zur Frage „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrer Betrieb besser durchzusetzen?“

- **Die Potentiale des eigenen Teams fördern:** In einer wissensbasierten Wirtschaft steckt das größte unternehmerische Potential in den Köpfen der eigenen Mitarbeiter. Dieses zu entdecken, fördern und effizient zu nutzen ist die spannende Herausforderung an uns Unternehmer.
- **Partnerschaften und Netzwerke pflegen:** Sie erlauben die Spezialisierung auf eigene Kernkompetenzen.
- **Niemals aufhören Visionen zu entwickeln:** Vision – Strategie – Ziele – Maßnahmen: „Wer nicht weiß wo er hin will, darf sich nicht wundern wenn er woanders ankommt.“ (Mark Twain)
- **Durchhalten:** Vorteil des unternehmerischen Handelns im eigentümergeführten Betrieb ist damit über das System kurzer Funktionsperioden eines Managements erhaben. Studien haben bewiesen, dass Betriebe, die länger als 20 Jahre am Markt sind, nur noch eine geringe Ausfallswahrscheinlichkeit haben.

Mag. Robert Baumert

*Schabetsberger & Partner Steuerberatung und Unternehmensberatung
GmbH A-1010 Wien, Fischerstiege 9*

Tel: +43 1 513 56 50 office@schabetsberger.at

www.schabetsberger.at

ATTRAKTIVE STANDORTBEDINGUNGEN SCHAFFEN! ENDLICH!

Ein Beitrag von Willi Hilbinger



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

1. **Attraktive Standortbedingungen schaffen:** Während Soft facts wie intakte Umwelt und Sozial- und Gesundheitssystem für Österreich sprechen, sind die überbordende staatliche Bürokratie und Willkür (z.B. Krankenkassen) sowie das Unternehmer-Bashing (Verunglimpfen als Ausbeuter) wohl nicht geeignet, eine unternehmerische Gesinnung zu fördern und junge Menschen zu ermutigen, für's halbe Geld doppelt so viel zu leisten, weil sie einen Traum verwirklichen und Jungunternehmer werden möchten
2. **Es fehlt uns eine Kultur des Scheiterns**, daher haben wir so viele faule Feiglinge o ignored
3. Schwierige Kreditbedingungen, daher **Eigenkapitalbildung fördern**, um aus eigener Kraft die notwendigen Investitionen zu tätigen: = **Entfall der KÖST für nicht entnommene Gewinne** (einfach zu administrieren)
4. **Förderabwicklungen sind extrem kompliziert** und damit teuer (z.B. 3 Vergleichsangebote zum erteilten Auftrag bei EU-cofinanzierten Projekten): Wiedereinführung des früheren IFB (Investitionsfreibetrags) von 20% = aktive Investitionsförderung, Stärkung der Eigenkapitalbildung, keine administrativen Mehrkosten
5. **Die Forschungsprämien sind nur für Großbetriebe attraktiv**, da KMU's nicht die nötige personelle/administrative Struktur aufweisen und die geforderte Dokumentation nicht leisten können. Derzeit verlagern sich somit tendenziell Förderungen von den KMU's zu Großbetrieben
6. **Völlig falsche öffentliche Diskussion von zu geringer Akademiker-Quote:** Bei stark sinkenden Geburtenraten und anhaltendem Trend zum Besuch höherer Schulen gehen uns die Lehrlinge aus – **„Mehr Meister und weniger Master“**

brauchen wir! (siehe meinen Verein ‚ARGE Lehrbetriebe Ybbstal‘). Fehlen uns in Zukunft die Fachkräfte werden wir Produktionen nicht in Ö halten können. Nicht Lehre oder Matura, sondern Lehre mit Matura (+ FH etc.) müssen wir anstreben. Wir müssen das Image der Fachkräfte heben, um Lehrberufe wieder attraktiver zu machen.

7. **Die Digitalisierung betrifft uns** alle und darf nicht als Jobkiller verstanden werden → hier hinken die Schulen in der Ausbildung nach. Wir brauchen eine bessere Kooperation zwischen Schulen und Betrieben und insbesondere für KMU's gemeinsam nutzbare Forschungsstätten → Vorstellung der Idee des Zukunftscampus Waidhofen/Ybbs. Die Chance von KMU's liegt in der Kooperation!
8. **Den Technikern gehört die Zukunft:** Mehr Frauen in die Technik und andere Kampagnen sind nötig, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen

Zur Frage: „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

1. **Die Politik selbstbewusst darauf hinweisen, dass die vielen KMU's der wahre Wirtschaftsmotor dieses Landes sind** und insbesondere kleinere und mittlere Familienbetriebe nachhaltiger und sozialer wirtschaften als (börsennotierte) Großunternehmen
2. **Die Politik kann gute oder schlechte Rahmenbedingungen schaffen**, die Steuerleistung erwirtschaften die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, nicht aber die staatliche Bürokratie. So wie jeder Unternehmer sich überlegen muss, wie er effizienten Mitteleinsatz sicherstellt, sollte dies auch der Staat tun. Die Kameralistik ebenso wie die mittelbare Bundesverwaltung bewirken das Gegenteil (Vergeudung)
3. **Sich mit Ideen und Visionen in der öffentlichen Debatte einbringen**
4. **Sich mit anderen KMU's insbesondere in Zukunftsthemen wie Digitalisierung zu vernetzen** und Ressourcen gemeinsam zu nützen (Beispiele: ARGE Lehrbetriebe, Zukunftscampus Waidhofen/Ybbs, ZAM – Zukunftsakademie Mostviertel, LEADER-Region Eisenstraße NÖ)

5. Neben der Stärkung des Teamgeistes und der sozialen Kompetenz müssen KMU's sehr darauf bedacht sein, ihren Betrieb laufend zu modernisieren und dürfen sich niemals auf Lorbeeren ausruhen, denn das Bessere ist der Feind des Guten

*Willibald Hilbinger, Geschäftsführer / Managing Director,
Firma duomet GmbH; A-3341 Ybbsitz,
Tel.: +43 (0)744255508 13 www.duomet.com*

ENTBÜROKRATISIERUNG JETZT!

Ein Beitrag von Andreas Weber



Zur Frage „Was fordere ich von der zukünftigen Regierung, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

- Entbürokratisierung, weniger Gesetze, weniger Verordnungen – Jetzt!
- Steuerliche Anreize für Investitionen und Rechtssicherheit dazu
- Lohnnebenkostensenkung, mehr Anreize Mitarbeiter einzustellen – keine komplexen Förderungen für zusätzliche Mitarbeiter mit Verwaltungsaufwand für die Unternehmen und auch für den Staat
- Unterstützung für Kooperationen kleiner Betriebe um durch Synergien gestärkt in die Zukunft zu blicken
- Unternehmerische Entscheidungsfreiheit in Verbindung mit Verantwortung. Kleine und mittlere Betriebe brauchen Rückenwind nicht Gegenwind!

Zur Frage „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

- Kooperationen und Partnerschaften eingehen und Netzwerke bilden um Synergien zu nutzen, Erfahrungen aus zu tauschen und Interessen durchzusetzen. Z.B. in den Bereichen Vermarktung, Produktentwicklung,

Einkauf, Lernen und Wissen, Benchmark, Mitarbeiter, Schwerpunkt-Themen, ...

- Jeden Politiker, Verantwortungsträger, Funktionär usw. bei jedem persönlichen Kontakt fragen, was er/sie im letzten Jahr für KMU`s getan hat!

Andreas Weber, A.Weber GmbH; Geschäftsführender Gesellschafter und FairSleep Kooperations-Leiter bzw Markenmiteigentümer, Tankstellenstation mit Shop, Waschcenter, Cafe Restaurant, FairSleep Motel, 3950 Gmünd, a.weber@aviagmuend.at +43 664 1313111 www.aviagmuend.at. www.fairsleep-hotels.at

ENDLICH ENTSCLOSSENHEIT DEMONSTRIEREN – INDIVIDUELL UND KOLLEKTIV!

Ein Beitrag von Erich Falkner



Zur Frage: „Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?“

Seit wir uns mit dem Themenkomplex KMU beschäftigen, bekommen wir zu dieser Frage immer wieder die gleichen stereotypen Antworten: Bürokratieabbau, Arbeitszeitflexibilisierung, bessere Ausbildung, Deregulierung, Entkriminalisierung, Erleichterungen bei der Kapitalbeschaffung, Steuergerechtigkeit, keine weitere Bevorzugung von Großkonzernen und ganz allgemein mehr Wertschätzung gegenüber dem Rückgrat der Österreichischen Wirtschaft.

Es liegt also nahe, dass es zu diesem Thema bereits einen breiten Konsens gibt und dass die Forderungen mittlerweile selbst dem ignorantesten Entscheidungsträger bekannt sein sollten. Man muss sich also eher die Frage stellen warum sie nicht schon längst Zug um Zug erfüllt werden.

Darauf fallen mir nur drei mögliche Antworten ein:



1. Der Mittelstand überschätzt in den Augen der Verantwortlichen seine Bedeutung und sie betrachten daher dessen Forderungen als selbstmitleidig und ungerechtfertigt.
2. Die Politik ist anhaltend mit sich selbst und anderen Begehrlichkeiten dermaßen beschäftigt, dass sie sich nicht entsprechend um diese brisante Thematik kümmern kann und will.
3. Oder der Staat kann es sich schlicht und einfach nicht leisten, die berechtigten Forderungen der KMUs zu erfüllen weil er dadurch eine seiner wichtigsten Einnahmequellen schwächen würde.

In jedem Fall scheint es höchste Zeit, dass der Mittelstand nicht nur seine Forderungen immer und immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt sondern endlich seine Bedeutung und Entschlossenheit deutlich sichtbar und spürbar demonstriert. Und zwar auf kollektiver als auch individueller Ebene. Er braucht eine eigene Lobby und eigenständiges Lobbying.

Zur Frage: „Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?“

Kollektiv durch den Zusammenschluss in tatkräftige, entschlossene und sowohl politisch als auch gesellschaftlich gut vernetzte Allianzen wie zum Beispiel der Mittelstands Allianz, einer Initiative des „Senat der Wirtschaft“. Erst dadurch wird aus ideologischer Bedeutung operatives Gewicht, das breite Aktionen ermöglicht, das Forderungen den nötigen Nachdruck verleiht und der Politik gegenüber unausweichlicher macht.

Individuell, weil jeder Unternehmer eigenverantwortlich dafür zu sorgen hat, dass seine Ware, sein Produkt, seine Dienstleistung von einem möglichst großen Personenkreis gekannt, gewollt, gekauft wird. Das ist die ewige Grundvoraussetzung unseres Geschäftes und Verpflichtung von uns Unternehmern.

Dazu fällt mir abschließend ein Standard-Witz aus dem Marketing ein: Warum werden mehr Hühnereier als Enteneier gegessen? Weil Hühner beim Eier legen gackern.

Erich Falkner ist Gründer und Eigentümer der Marketing-Agentur falknereiss.

falknereiss ist eine unabhängige Agentur für Change-Marketing und wurde von österreichischen Werbekunden beim medianet-Ranking 2016 in der Kategorie Kundenzufriedenheit auf Platz 3 gereiht. www.falknereiss.com

Wolfgang Lusak über die Chancen der Parteien mit Mittelstandspolitik bei der Nationalratswahl zu punkten



Der Mittelstand ist nicht nur die Einheit der Klein- und Mittelbetriebe sowie Selbständigen, er ist viel mehr auch die ein Drittel der Österreicher umfassende Gemeinschaft der Werte Leistung, Eigentum, Nachhaltigkeit und Fairness. Er ist es, der dieses Land mit seinen Innovationen und Steuern, seiner Verbundenheit mit der Bevölkerung zusammenhält. Ausgewogen handelnde Politiker achten ständig auf diese Gemeinschaft jenseits populistischer Links- und Rechts-Ideologien.

Um auch die Spitzenpolitik auf die uns alle erhaltenden Leistungen und Bedürfnisse des Mittelstandes aufmerksam zu machen und den Menschen die Wahl zu erleichtern, habe ich die Chefs der Nationalrats-Parteien zum Interview gebeten. Lesen Sie hier einen kritischen Vergleich der Parteichef-Aussagen und die Aufforderung an den Jüngsten von ihnen, sich zu entschuldigen.

Ziel meiner Interviews war es, der Dominanz der emotionalen Top-Themen Asylwelle, Terrorabwehr und Mindestsicherung entgegenwirkend die Ernsthaftigkeit der Parteien in Bezug auf ihre Wertschätzung und ihren Einsatz für den Mittelstand als politische Zielgruppe auszuloten, zu vergleichen und zu bewerten. Dafür wurden allen Parteichefs grundsätzlich immer die gleichen Fragen gestellt.

Vier der persönlich befragten Parteichefs – Lunacek, Strache, Strolz und Lugar - sehen den Mittelstand als außerordentlich wichtige Zielgruppe und als Träger der Wirtschaft. Nicht verwunderlich sehen sie den Mittelstand als von den jeweils anderen, vor allem aber der Koalitionsregierung zu wenig beachtet und daher von ihnen selbst wo und wie es nur geht unterstützt. Dabei erstecken sich die Hauptbotschaften von einer sich sehr identifizierenden „Wir sind ja Mittelstand“-Behauptung (besonders von FPÖ und NEOS) bis zu einer sachlich-wohlwollenden Haltung (wie bei den GRÜNEN und dem nun verschwindenden Team Stronach). Nur die SPÖ mit Bundeskanzler Kern verweigerte sich prinzipiell der Verwendung des Begriffs Mittelstand - mit dem sie nur die Eigner von KMU verbindet - durch den Anspruch, die „Mittelschicht“ zu vertreten. Es wäre aus SPÖ-Sicht „wenig zielführend, nach Erwerbsformen zu unterscheiden“. Enttäuschend: Sebastian Kurz wollte mit Hinweis auf sein noch in Entwicklung befindliches

Parteiprogramm kein Interview geben – ich habe dennoch seine bisherigen relevanten Aussagen in diesen Vergleich aufgenommen und ihm am Ende dieses Artikels auch noch ganz persönlich darauf angesprochen, dass seine „Neue ÖVP“ eines ganz deutlich macht: Es gab und gibt auch eine „alte ÖVP“.

Parteichefs am Mittelstands-Prüfstand:



Auch wenn das Team Stronach nicht mehr antritt: **Robert Luger** (nun wieder bei der FPÖ) war ein kompetenter, etwas abgeklärter Interview-Partner, der den Mittelstand als wichtigste Staatsstütze bezeichnete und trocken analysiert: „Er ist stark in der wirtschaftlichen Leistung und schwach in der politischen Durchsetzung, er kann nicht vor Steuern flüchten. Er wird wie ein Lasttier behandelt, das immer bis zu seinen äußersten Grenzen belastet wird.“

Matthias Strolz brachte viel Leidenschaft für Mitte und Mittelstand in seine Antworten und formulierte fast unisono mit den anderen Oppositions-Parteichefs: „Mittelstand wird als Lobby immer schwächer, weil die Regierung – jahrzehntelang von Rot-Schwarz dominiert – nur so tut, als ob sie für den Mittelstand eintreten würde, ihn de facto aber immer mehr benachteiligt und ausbeutet.“ Strolz weiter: „Wir leben Mittelstand ehrlich und mehr als die anderen. Wir wollen auch die emotionale Heimat des Mittelstands werden - gebt uns bitte dafür noch etwas Zeit.“

HC Strache war gut vorbereitet, hatte alle relevanten Zahlen und Aussagen zur Hand, stellte sich als den Beschützer der Leistungsträger, Steuerzahler und KMU dar und wettet gegen „die Unterstützung der in geschützten Bereichen Tätigen und der Sozialhilfeempfänger“, dort fließen die Steuereinnahmen aus dem Mittelstand hin, „dagegen treten wir auf, wir setzen uns für mehr Leistungsgerechtigkeit ein.“ Sein Hauptvorwurf an die bestehende Regierung: „Statt Leistungsanreize für zukünftiges Wachstum zu setzen, wird eine leistungsferne Anspruchsgesellschaft gefördert, in der Schule werden zukünftige Arbeitslose regelrecht gezüchtet. KMU und Nahversorgung werden benachteiligt, Beispiel sei die Registrierkassenpflicht und Besteuerung im Vergleich zu Konzernen!“

Ulrike Lunacek betonte im Interview die Bedeutung des Mittelstands als „verantwortungsvolles und innovatives Rückgrat unserer Wirtschaft und Basis unseres Wohlstandes“. Sie sprach auch – so wie die anderen Oppositions-

Parteien - die Forderungen nach Lohnnebenkosten-Senkung, verstärkter Forschungsförderung („KMU gegenüber Großunternehmen nicht benachteiligen“), besserer Alternativfinanzierung und „echter“ Gewerbeordnungs-Reformen aus. Insbesondere wollen sich die GRÜNEN der sozialen Absicherung der „oft in prekären Verhältnissen arbeitenden“ Klein-Unternehmen widmen. Es ginge ihr nicht um „schöne Worte“, sondern um „sinnvolle Inhalte“.

Christian Kern umschiffte meine Fragen zumeist mit der Aussage: „Unsere Zielgruppe ist die erwerbstätige Mittelschicht, die - ob selbständig oder unselbständig - einen gewissen Lebensstandard erarbeitet hat und heute unter immer stärkeren Druck gerät.“ Er sieht seine SPÖ als einzige Mittelschicht-Partei: Wir sind für die LeistungsträgerInnen da, jene 95 Prozent, die jeden Tag früh aufstehen, arbeiten gehen und sich anstrengen müssen. Für diese 95 Prozent machen wir Politik.“ Als entsprechende SPÖ-Leistungen verweist er auf Steuerreform, Bildungsreform, Gemeinden-Investitionspaket aber auch auf die KMU-Investitionszuwachsprämie, Lohnnebenkostensenkung, Forschungsförderung etc.

Um auch ohne Interview etwas über **Sebastian Kurz's** Positionen sagen zu können, habe ich aus seiner Website und den gerade präsentierten Ausschnitten aus seinem Wirtschaftsprogramm ein paar für den Mittelstand relevante Aussagen herausgesucht: „Ich bin für Leistungsorientierung: Man wird für das geschätzt, was man tut und nicht, was man ist.“ Über Eigenverantwortung: „Der Mensch ist sich selbst und seinen Mitmenschen gegenüber für seine Handlungen verantwortlich. Er soll seine Entscheidungen selbst treffen und seine Talente frei entfalten.“ Zu Wirtschaft: „Österreich braucht eine niedrige Steuer- und Abgabenquote und weniger Bürokratie. Die Regierung muss sparen, unverantwortliche Förderungen reduzieren und den Wirtschaftsstandort stärken.“ Zur Politik: „Wir glauben fest daran, dass es eine neue politische Kultur in unserem Land braucht – weg von faulen Kompromissen und politischem Tauschhandel.“

Wer bei der Nationalratswahl profitieren wird

Meine Zusammenfassung: SPÖ und ÖVP sind gemeinsam für die schlechter werdenden Rahmenbedingungen für den Kern des Mittelstandes, die KMU und Freiberufler verantwortlich. Kern zielt in dem Zusammenhang weniger auf eine Wertegemeinschaft Mittelstand als auf die numerische Zielgruppe Mittelschicht ab. Kurz verspricht immerhin eine neue Bewegung und neue ÖVP - wie viele konkrete Leistungen für den Mittelstand in seinem Programm stecken werden ist noch abzuwarten. Die Oppositionsparteien tun sich leicht eine Pro-Mittelstands-Haltung zu behaupten, sie haben noch keine oder nur sehr partiell Regierungs-Verantwortung übernommen. In ihrer öffentlich sichtbaren Kommunikation – für die sie ja auch verantwortlich sind – steckt nur sehr wenig Mittelstand. Man muss der Opposition aber zugestehen, dass sie alle in der parlamentarischen Arbeit schon viele Mittelstands-freundliche Anträge eingebracht haben, vielleicht die NEOS, die FPÖ und das Team Stronach etwas mehr als die GRÜNEN. Letzteren und den NEOS muss man außerdem zu Gute halten, dass sie sehr starke Unterstützer von innovativen und nachhaltigen Startups sind. Allen –Regierungs- und Oppositionsparteien - muss man aber vorhalten, dass sie mit Partikular- und Klientel-Politik keine ganzheitliche Linie haben und sich generell zu wenig gegen die Aushöhlung des Mittelstandes einsetzen. Denn der Mittelstand will nicht mehr der nützliche Idiot sein, der rücksichtslosen Konzernen, im geschützten Raum



Arbeitenden und Mindestgesicherten ein gutes Leben beschert. Eines steht fest: Diejenige Partei die sich jetzt noch am klarsten für die Ziele und Werte des Mittelstands engagiert wird bei der Nationalratswahl davon sehr profitieren.

Sebastian Kurz und der „Neuen ÖVP“ ins Stammbuch geschrieben

Die Begeisterung der Bevölkerung für Sebastian Kurz hat wohl viel mit seiner persönlichen, jugendlichen Ausstrahlung, seinem mutig und intelligent wirkenden Stil ohne große Seitenhiebe zu tun. Auch in der Wirtschaft und insbesondere dem Mittelstand regt sich nach viel Enttäuschung in den letzten Jahrzehnten wieder Hoffnung durch die von ihm proklamierte neue ÖVP.

Die KMU und Selbständigen mit all ihren Mitarbeitern haben ja besonders viel leiden müssen. Wachsende Bürokratie, Steuer-Ungerechtigkeit, Kapitalnot, ungeeigneten Nachwuchs, Beamten-Privilegien etc. konnten sie mit Fortdauer der Rot-Schwarzen Koalition nicht mehr nur „den Sozialisten“ zuordnen, sie sahen auch die Mitverantwortung ihrer „angestammten“ Partei. Sie erleben eine wachsende Umverteilung von Mitte zu Reich und Arm. Als ganz schlimm wird die Nahversorgung vernichtende Registriertassenpflicht, der Sozialpartner-Wahnsinn höherer Mindestlöhne ohne Arbeitszeit-Flexibilisierung aber auch der tägliche existentielle Zwang zu strafbaren Handlungen wie z.B. Verfälschung von Mitarbeiterstunden-Aufstellungen empfunden. Sie kommen sich als die neue, ausgebeutete Arbeiterklasse vor, welche die wachsenden Vermögen der Konzerne und zunehmende Arbeitsunwilligkeit von Mindestsicherungs-Beziehern ermöglicht. Sie brauchen keine Förderungen wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Ihre Verzweiflung und ohnmächtige Wut war einer der Hauptgründe für die Wählerverluste der „alten ÖVP“. Das hat auch die Bevölkerung gemerkt: 63% der Österreicher halten den Mittelstand für sehr wichtig aber nur 20% für einflussreich. 19% der Menschen sehen keine der aktuellen Parteien als für den Mittelstand wählbar an.

Wie gesagt, alle Parteichefs beantworteten meine Fragen zum Mittelstand, nur nicht Sebastian Kurz. Ich kann natürlich verstehen, dass er vom Vorgänger-Abgang-Zeitpunkt überrascht nicht so schnell ein neues Wirtschaftsprogramm erarbeiten kann und bis zur Fertigstellung keine angreifbaren Positionen verlauten lassen möchte, war aber dennoch enttäuscht. Wenn er es aber letztlich schafft die vorhandenen Partikular-Interessen „seiner“ Länder, Bünde und Personen in der jetzt noch vorhandenen „alten ÖVP“ zu überwinden und mit ihren Kadern sowie viel frischem Blut „zusammen neue Wege zu gehen“, dann wird meine Enttäuschung zur Bewunderung werden.

(alle Interviews nachlesbar in <http://www.lobbydermitte.at/lobbyblog/>)

Mag. Wolfgang Lusak
Unternehmensberater und Lobby-Coach
www.lobbydermitte.at www.lusak.at office@lusak.at
Schulgasse 18, 1180 Wien, tel 01/ 315 45 36

STIMMEN DES MITTELSTANDES

- *Mag. Robert Baumert, Schabetsberger & Partner*
- *Erich Falkner, falknereiss*
- *Andreas Gnesta, teamgnesta, Gewerbeverein-Präsident*
- *Kuno Haas, GRÜNE ERDE*
- *Annemarie Harant und Bettina Steinbrugger, erdbeerwoche*
- *Willibald Hilbinger, duomet*
- *KR Margarete Kriz-Zwitkovits, Kosmetik-Handel, Bauträgerin, WK-Funktionärin*
- *Monika Leimhofer/ Leimhofer Baustoffe*
- *Michaela Reitterer, Boutiquehotel Stadthalle, ÖHV-Präsidentin*
- *Josef Resch, Resch&Frisch, WK-Funktionär*
- *Friedrich Riess, RIESS-KELOmat*
- *Andreas Weber, Fairsleep Motels, AVIA Gmünd*

-
- *Wolfgang Lusak, Lusak Consulting, Lobby der Mitte*

September 2017